

Auf einen Schlag ist das Gefängnis leer

Neu aufflammende Kämpfe zwischen Muslimen und Christen in der Republik Zentralafrika

Hunderte von Gefangenen sind entkommen und Dutzende von Zivilisten bei Unruhen getötet worden. Die Interimspräsidentin der Republik Zentralafrika ist deshalb vorzeitig von der Uno Generalversammlung in New York zurückgereist.

CHRISTIAN PUTSCH, KAPSTADT

Die Republik Zentralafrika wird von den schlimmsten Kämpfen in diesem Jahr erschüttert. Am Montag entkamen alle 500 Insassen aus dem Ngaragba-Gefängnis in der Hauptstadt Bangui. Augenzeugen berichteten, wie die Männer flüchteten; der Ausbruch der Gefangenen wurde vom Richter Thierry Ngoalessio bestätigt. Bereits im Juli waren Dutzende von Häftlingen aus diesem Gefängnis entkommen; und im November 2014 hatten die Insassen sogar kurzzeitig die Kontrolle über Teile des Gefängnisses erlangt.

Eine Leiche als Auslöser

Das Chaos im Krisenland dauert fort. Seit Samstag gab es 42 Tote, unter ihnen einen Minderjährigen, der enthauptet wurde. Die Unruhen waren durch den Tod eines muslimischen Taxifahrers ausgelöst worden, dessen Leiche in der Nähe einer Moschee in Bangui gefunden worden war. Die Umstände seines Todes sind unklar, doch in der Folge attackierten Bewohner eines überwiegend muslimischen Stadtteils eine weitgehend von Christen bewohnte Nachbarschaft.

Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon rief zu einem «Ende der inakzeptablen Gewalt und der Racheakte» auf. Die von den Vereinten Nationen unterstützte Übergangsregierung müsse «alles in ihrer Macht Stehende» veranlassen, um weitere Gewalt zu verhindern. Der Uno-Sicherheitsrat betonte, dass er nicht zögern werde, Sanktionen gegen jene zu verhängen, welche die Friedensbemühungen in der Republik Zentralafrika untergraben.

Wahlen unwahrscheinlich

Die Hoffnung, dass die für den 18. Oktober angesetzten Wahlen wie geplant stattfinden können, schwindet. Sie sind bereits mehrfach verschoben worden; der Präsident des Übergangsparlaments bezeichnete eine neuerliche Verschiebung als wahrscheinlich. Es fehlt an Res-



Interimspräsidentin Samba-Panza ist nicht mehr in New York, wenn die Lage in ihrem Land diskutiert wird. DARREN ORNITZ / REUTERS

ourcen und einem funktionsfähigen Wahlregister. Unregelmässigkeiten würden die Gefahr von weiteren Übergriffen erhöhen.

Übergangspräsidentin Catherine Samba-Panza reiste am Montag von der Uno-Generalversammlung in New York, wo am Donnerstag über die Lage in der Republik Zentralafrika diskutiert werden soll, in die Heimat zurück. Dass sie und hochrangige Vertretern der Uno-Friedensmission Minusca nicht im Lande weilten, trug nach Einschätzung von Analysten wahrscheinlich zur jüngsten Eskalation bei.

Wiederbewaffnung der Armee

Die Sicherheitskräfte hatten zunächst nur zögerlich eingegriffen und erst am Montag mehr Entschlossenheit gezeigt, als sich Tausende von Demonstranten vor dem Präsidialamt versammelt und für die Wiederbewaffnung der Armee demonstriert hatten. Diese war weitgehend aufgelöst worden, als muslimische Rebellen Ende 2013 an die Macht gelangt waren. Die umstrittene Übergangsregierung sieht bis jetzt von einer

Wiederbewaffnung ab, weil einige Offiziere mit der Anti-Balaka-Miliz kooperierten und an brutalen Vergeltungsanschlägen gegen Muslime beteiligt waren.

Soldaten der Uno-Friedenstruppe Minusca feuerten Warnschüsse ab, um die Menge aufzulösen. Es habe mindestens sechs Tote gegeben, sagte der ehemalige Kommunikationsminister Christophe Gazam-Betty. Die Minusca-Sprecherin Myriam Dessables dementierte, dass Schüsse auf Menschen abgefeuert worden seien. «Die Uno-Friedensmission hat das Präsidialamt geschützt, aber keine Demonstranten getötet»,

sagte sie der Nachrichtenagentur Associated Press.

In den Monaten vor der aktuellen Eskalation war die ethnisch und religiös motivierte Gewalt in der Republik Zentralafrika abgeebbt. Dazu dürfte die Ankunft zusätzlicher Uno-Friedenstruppen beigetragen haben, entscheidend aber war wohl die Flucht von Zehntausenden von Muslimen aus Bangui, die so der Verfolgung durch die Anti-Balaka-Miliz entkamen. Die jüngste tödliche Gewalt illustrierte jedoch, dass die Republik Zentralafrika weiterhin in «einem sehr fragilen Zustand» sei, sagte Alioune Tine von der Menschenrechtsorganisation Amnesty International.

Tausende waren in den vergangenen beiden Jahren getötet worden, über die Hälfte der Bevölkerung ist heute auf humanitäre Hilfe angewiesen. Angesichts der wieder aufgeflamten Gewalt im Land ist unklar, ob Papst Franziskus wirklich an seinem Plan, die Nation zu besuchen, festhalten oder aus Sicherheitsgründen absagen wird. Die Republik Zentralafrika ist eine Station auf seiner für November geplanten Afrikareise.

